

DM 284.480.000 besicherte fest verzinsliche Anleihe 1993/2023 DM Par Serie
(ISIN: DE0004103007, WKN 410 300)
(nachfolgend als „**Anleihe**“ bezeichnet)

begeben durch die Republik Argentinien

Die Republik Argentinien

vertreten durch
das Ministerium für Wirtschaft und Öffentliche Finanzen
(*Ministerio de Economía y Finanzas Públicas*)
Hipólito Yrigoyen 250
1310 Buenos Aires
Argentinien

(nachfolgend als „**Republik**“ bezeichnet)

lädt die Inhaber der Teilschuldverschreibungen
(nachfolgend als „**Anleihegläubiger**“ bezeichnet)

zu der am 10. Januar 2011, um 10 Uhr

unter der Adresse

Japan Center, Conference Center, Raum Tokyo,
Taunustor 2,
60311 Frankfurt am Main,

stattfindenden Gläubigerversammlung (nachfolgend als „**Gläubigerversammlung**“
bezeichnet) ein.

A. Hintergrund für die Einberufung der Gläubigerversammlung

Die Republik begab die Anleihe im Jahr 1993 als Teil des sogenannten „Brady-Plans“ im Zusammenhang mit dem Umtausch bestimmter Auslandsschulden. Um die Rückzahlung des Nennbetrags der Anleihe zu besichern, kaufte die Republik von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (nachfolgend „**KfW**“ genannt) Nullkupon-Anleihen mit Fälligkeit im Jahr 2023 (nachfolgend „**Sicherheiten**“ genannt) und übertrug diese Nullkupon-Anleihen zu Sicherungszwecken der *Federal Reserve Bank of New York*, welche gemäß Sicherheitenvertrag vom 7. April 1993 (nachfolgend „**Sicherheitenvertrag**“ genannt) für die Anleihegläubiger pro rata als Sicherheitentreuhänderin (*Sicherheitenstelle*) fungiert.

Im Jahr 2005 bot die Republik den damaligen Anleihegläubigern an, ihre Teilschuldverschreibungen gegen (i) den Erlös aus dem anteiligen Rückkauf der Sicherheiten durch die KfW, die als Sicherheit der zum Umtausch eingereichten Teilschuldverschreibungen dienten, sowie (ii) bestimmte neu emittierte Wertpapiere der Republik zu tauschen. Im Zuge der Durchführung des Umtauschgebots wurden die zum Umtausch eingereichten Teilschuldverschreibungen entwertet und damit das

Gesamtvolumen der sich im Umlauf befindlichen Teilschuldverschreibungen reduziert.

Am Tag dieser Einladung befinden sich noch Teilschuldverschreibungen mit einem Gesamtvolumen von DEM 90.785.000 (EUR 46.417.633,43) im Umlauf.

Die Republik hat die Anleihegläubiger eingeladen, ihre Teilschuldverschreibungen gegen neue Wertpapiere und eine Barzahlung gemäß Wertpapierprospekt vom 3. Dezember 2010 (abrufbar unter der Internetadresse <http://www.bondcom.com/argentina>) umzutauschen (nachfolgend als „**Umtauschangebot**“ bezeichnet). Ähnlich dem Umtauschangebot aus dem Jahr 2005, und vorbehaltlich des Eintritts bestimmter Bedingungen, werden teilnehmende Anleihegläubiger, deren Teilschuldverschreibungen von der Republik zum Umtausch angenommen werden, folgendes erhalten: (i) einen ihrem Anteil entsprechenden Teil des Erlöses aus dem Rückkauf der auf die zum Umtausch eingereichten Teilschuldverschreibungen anteilig entfallenden Sicherheiten durch die KfW und (ii) bestimmte neue von der Republik emittierte Wertpapiere sowie eine Barzahlung der Republik.

Die Gläubigerversammlung wird im Zusammenhang mit dem Umtauschangebot durchgeführt, um Änderungen der Bedingungen der Anleihe (nachfolgend „**Anleihebedingungen**“ genannt), des Sicherheitenvertrags und des DMK Discount Bond and Par Bond Fiscal Agency Agreement vom 7. April 1993 zwischen der Republik, Citibank, N.A. als Fiscal Agent und Calculation Agent und Citigroup Global Markets Deutschland AG (vormals Citibank Aktiengesellschaft) als Hauptzahlstelle (nachfolgend „**Fiscal Agency Agreement**“ genannt) zu beschließen bzw. zu den entsprechenden Änderungen zu ermächtigen. Die vorgeschlagenen Änderungen sind notwendig, um das Umtauschangebot zu vollziehen.

Das Gesetz über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen vom 31. Juli 2009, welches am 5. August 2009 in Kraft getreten ist (nachfolgend „**Schuldverschreibungsgesetz**“ genannt), bietet die rechtliche Grundlage für die Durchführung einer Gläubigerversammlung der deutschem Recht unterliegenden Anleihe. Die Republik stimmt der Anwendung des Schuldverschreibungsgesetzes gemäß § 24 Absatz 2 des Schuldverschreibungsgesetzes zu und beabsichtigt, die Gläubigerversammlung sowohl nach den Vorschriften des Schuldverschreibungsgesetzes als auch, soweit rechtlich möglich, unter Beachtung der in den Anleihebedingungen und im Fiscal Agency Agreement enthaltenen Bestimmungen durchzuführen.

Die Anleihegläubiger werden darauf hingewiesen, dass der Teil der Sicherheiten, der sich nicht auf die im Rahmen des Umtauschgebots angedienten Teilschuldverschreibungen bezieht, nicht von der KfW zurückgekauft wird, sondern bei der Sicherheitentreuhänderin (*Sicherheitenstelle*) verbleibt.

B. Tagesordnung:

Eröffnung der Gläubigerversammlung durch den Vorsitzenden.

Prüfung der Beschlussfähigkeit nach § 15 Absatz 3 des Schuldverschreibungsgesetzes. Der Vorsitzende führt im Sinne von § 15 Absatz 2 des Schuldverschrei-

bungsgesetzes ein Verzeichnis der erschienenen oder durch Bevollmächtigte vertretenen Gläubiger.

TOP I **Beschlussfassung über die Anwendung des Schuldverschreibungsgesetzes**

Die Republik schlägt den Anleihegläubigern vor, auf der Gläubigerversammlung folgenden Beschluss zu fassen:

„Das Gesetz über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen vom 31. Juli 2009 findet auf die DM 284.480.000 besicherte fest verzinsliche Anleihe 1993/2023 DM Par Serie (ISIN: DE0004103007, WKN 410 300) Anwendung.

Falls und soweit Citibank, N.A. als *Fiscal Agent* im Zusammenhang mit ihren Verpflichtungen aus den Anleihebedingungen und dem Fiscal Agency Agreement Maßnahmen ergreift, die wirksam nur von einem gemeinsamen Vertreter (§ 7 Schuldverschreibungsgesetz) vorgenommen werden können, bestellen die Anleihegläubiger die Citibank, N.A. hiermit als gemeinsamen Vertreter mit den notwendigen Vollmachten und Befugnissen.“

Somit werden die ersten beiden Sätze von *Klausel 11(a) Versammlungen der Anleihegläubiger, Abänderungen und Ergänzungen* der Anleihebedingungen gestrichen und durch die folgenden drei Sätze ersetzt:

„(a) Die Anleihegläubiger können Änderungen und Ergänzungen zum Sicherheitenvertrag mit Mehrheitsbeschluss gemäß den Bestimmungen des Gesetz über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen („SchVG“) (§ 5 Abs. 1 Satz 1 SchVG) und nach Maßgabe der Bestimmungen der Absätze (b) bis (f) beschließen. Dies gilt auch für sich aus den vorgenannten Beschlüssen ergebende notwendige Änderungen im Fiscal Agency Agreement und diesen Anleihebedingungen, die der Zustimmung der Anleihegläubiger bedürfen. Mehrheitsbeschlüsse werden in einer Gläubigerversammlung gefasst.“

Nachfolgend werden die vorgeschlagenen Änderungen in Klausel 11 (a) der Anleihebedingungen dargestellt, indem in der linken Spalte der aktuelle Wortlaut und in der rechten Spalte der neue Wortlaut dargestellt wird.

Aktueller Wortlaut	Neuer Wortlaut
(a) Vorbehaltlich der Bestimmung des Absatzes (e) können Abänderungen und Ergänzungen des Sicherheitenvertrages und sich daraus ergebende Abänderungen im Fiscal Agency Agreement und in diesen Anleihebedingungen, die der Zustimmung durch die Anleihegläubiger bedürfen, vorgenommen werden, wenn sowohl Argentinien als auch die Inhaber von Teilschuldverschreibungen zustimmen, die aber eine Mehrheit des Gesamtnennbetrages der noch aus-	(a) Die Anleihegläubiger können Änderungen und Ergänzungen zum Sicherheitenvertrag mit Mehrheitsbeschluss gemäß den Bestimmungen des Gesetzes über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen („SchVG“) (§ 5 Abs. 1 Satz 1 SchVG) und nach Maßgabe der Bestimmungen der Absätze (b) bis (f) beschließen. Dies gilt auch für sich aus den vorgenannten Beschlüssen ergebende notwendige Änderungen im Fiscal Agency

<p>stehenden Teilschuldverschreibungen oder die über einen geringeren gemäß Absatz (c) zu ermittelnden Anteil am Gesamtnennbetrag verfügen, wenn dieser Anteil zur Beschlussfähigkeit einer Versammlung der Anleihegläubiger ausreicht, die nach den Bestimmungen des in Absatz (d) erwähnten Fiscal Agency Agreement abgehaltenen wird. Die Zustimmung der Anleihegläubiger kann nur in einer gemäß den Bestimmungen der Absätze (b) bis (f) einberufenen und abgehaltenen Versammlung der Anleihegläubiger erfolgen. [...]</p>	<p>Agreement und diesen Anleihebedingungen, die der Zustimmung der Anleihegläubiger bedürfen. Mehrheitsbeschlüsse werden in einer Gläubigerversammlung gefasst. [...]</p>
--	---

TOP II **Beschlussfassung über weitere Änderungen der Anleihebedingungen**

Die Republik schlägt vor, zu beschließen, die Anleihebedingungen in Klausel 11 (*Versammlungen der Anleihegläubiger, Abänderungen und Ergänzungen*) wie folgt zu ändern:

- 1) Klausel 11(b) wird wie folgt neu gefasst:

„(b) Argentinien ist jederzeit berechtigt, nachdem sie ihre Absicht mindestens 15 Tage vorher dem Fiscal Agent mitgeteilt hat, eine Gläubigerversammlung einzuberufen. Der Fiscal Agent ist verpflichtet, eine Gläubigerversammlung einzuberufen, wenn die Inhaber von mindestens 5% des Gesamtnennbetrags der ausstehenden Teilschuldverschreibungen dies schriftlich unter Angabe der Tagesordnung und der zu fassenden Beschlüsse verlangen. Ein solches schriftliches Verlangen durch Anleihegläubiger ist der Hauptzahlstelle zu übermitteln, die es an den Fiscal Agent weitergibt. Sämtliche Änderungen oder Ergänzungen im Rahmen der unter Absatz (a) genannten Einschränkungen, zu denen in einer Versammlung der Anleihegläubiger die Zustimmung erteilt wird, sind für sämtliche bestehenden und zukünftigen Anleihegläubiger endgültig und verbindlich.“
- 2) In Klausel 11(c) werden im dritten Satz die Wörter „auf einen mindestens 10 Tage später gelegenen Zeitpunkt“ und im sechsten Satz die Wörter „(i) die Mehrheit des Gesamtnennbetrags der ausstehenden Teilschuldverschreibungen oder (ii)“ gestrichen und vor der Zahl „75“ das Wort „mindestens“ eingefügt.
- 3) In Klausel 11(d) werden an das Ende des zweiten Satzes die Wörter „(und sind der Globalurkunde beigefügt)“ angefügt.
- 4) Klausel 11(e) wird gestrichen und durch „(aufgehoben)“ ersetzt.

Die unter TOP II vorgeschlagenen Beschlüsse werden nur wirksam, wenn der unter TOP I vorgeschlagene Beschluss mit einer Mehrheit von mindestens 75% der

ausstehenden Schuldverschreibungen, die in der Gläubigerversammlung vertreten sind, wirksam gefasst worden ist.

Nachfolgend werden die vorgeschlagenen Änderungen in Klausel 11 (b), (c), (d) und (e) der Anleihebedingungen dargestellt, indem in der linken Spalte der aktuelle Wortlaut und in der rechten Spalte der neue Wortlaut dargestellt wird.	
Aktueller Wortlaut	Neuer Wortlaut
<p>(b) Argentinien ist (vorbehaltlich der nachstehenden Bestimmung des Absatzes (e)) jederzeit berechtigt, nachdem sie ihre Absicht mindestens 15 Tage vorher dem Fiscal Agent mitgeteilt hat, eine Gläubigerversammlung einzuberufen. Der Fiscal Agent ist (vorbehaltlich der nachstehenden Bestimmungen des Absatzes (e)) verpflichtet, eine Gläubigerversammlung einzuberufen, wenn die Inhaber von mindestens 10% des Gesamtnennbetrags der ausstehenden Teilschuldverschreibungen dies schriftlich unter Angabe der Tagesordnung und der zu fassenden Beschlüsse verlangen. Ein solches schriftliches Verlangen durch Anleihegläubiger ist der Hauptzahlstelle zu übermitteln, die es an den Fiscal Agent weitergibt. Sämtliche Änderungen oder Ergänzungen im Rahmen der unter Absatz (a) genannten Einschränkungen, zu denen in einer Versammlung der Anleihegläubiger die Zustimmung erteilt wird, sind für sämtliche Anleihegläubiger unabhängig davon, ob sie ihre Zustimmung erklärt oder an der Versammlung teilgenommen haben, und für alle zukünftigen Anleihegläubiger endgültig und verbindlich. Jede schriftliche Erklärung, die von einem Anleihegläubiger oder in seinem Namen in Zusammenhang mit der Zustimmung zu solchen Änderungen oder Ergänzungen abgegeben wird, wird mit ihrer Abgabe unwiderruflich und ist für alle künftigen Inhaber der betreffenden Teilschuldverschreibungen endgültig und verbindlich.</p>	<p>b) Argentinien ist jederzeit berechtigt, nachdem sie ihre Absicht mindestens 15 Tage vorher dem Fiscal Agent mitgeteilt hat, eine Gläubigerversammlung einzuberufen. Der Fiscal Agent ist verpflichtet, eine Gläubigerversammlung einzuberufen, wenn die Inhaber von mindestens 5% des Gesamtnennbetrags der ausstehenden Teilschuldverschreibungen dies schriftlich unter Angabe der Tagesordnung und der zu fassenden Beschlüsse verlangen. Ein solches schriftliches Verlangen durch Anleihegläubiger ist der Hauptzahlstelle zu übermitteln, die es an den Fiscal Agent weitergibt. Sämtliche Änderungen oder Ergänzungen im Rahmen der unter Absatz (a) genannten Einschränkungen, zu denen in einer Versammlung der Anleihegläubiger die Zustimmung erteilt wird, sind für sämtliche bestehenden und zukünftigen Anleihegläubiger endgültig und verbindlich.</p>
<p>c) Die Einladung zur Versammlung der Anleihegläubiger erfolgt durch</p>	<p>c) Die Einladung zur Versammlung der Anleihegläubiger erfolgt durch</p>

<p>mindestens einmalige Bekanntmachung gemäß Ziffer 13, die nicht weniger als 30 Tage und nicht mehr als 45 Tage vor dem für die Versammlung bestimmten Tag erfolgen darf. Eine zu einem der vorgenannten Zwecke einberufene Versammlung der Anleihegläubiger ist beschlussfähig, wenn stimmberechtigte Inhaber von mehr als der Hälfte des Gesamtnennbetrages der ausstehenden Teilschuldverschreibungen anwesend oder vertreten sind, wobei jeder Anleihegläubiger, der berechtigt ist, mehr als eine Teilschuldverschreibung zu vertreten, nicht verpflichtet ist, seine Stimmen für sämtliche von ihm vertretenen Teilschuldverschreibungen in gleicher Weise abzugeben. Ist eine Versammlung der Anleihegläubiger nicht beschlussfähig, kann die Versammlung auf einen mindestens 10 Tage später gelegenen Zeitpunkt vertagt werden. Eine wegen Beschlussunfähigkeit vertagte und erneut zusammengetretene Versammlung ist bereits beschlussfähig, wenn stimmberechtigte Inhaber von mindestens 25% des Gesamtnennbetrages der ausstehenden Teilschuldverschreibung anwesend oder vertreten sind. Dies gilt für die Beschlussfassung zu allen aus in der Einladung zu der ursprünglichen Versammlung angekündigten Beschlussgegenständen. In jeder ordnungsgemäß einberufenen oder vertagten Versammlung, bei der die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Zahl der Inhaber von Teilschuldverschreibungen gemäß den vorstehenden Bestimmungen anwesend oder vertreten ist, gelten die vorstehend genannten Beschlüsse über Abänderungen oder Ergänzungen als wirksam gefasst, wenn Inhaber von Teilschuldverschreibungen für den Beschluss gestimmt haben, die über (i) die Mehrheit des Gesamtnennbetrages der ausstehenden Teilschuldverschreibungen oder (ii) 75% des Gesamtnennbetrages der Teilschuld-</p>	<p>mindestens einmalige Bekanntmachung gemäß Ziffer 13, die nicht weniger als 30 Tage und nicht mehr als 45 Tage vor dem für die Versammlung bestimmten Tag erfolgen darf. Eine zu einem der vorgenannten Zwecke einberufene Versammlung der Anleihegläubiger ist beschlussfähig, wenn stimmberechtigte Inhaber von mehr als der Hälfte des Gesamtnennbetrages der ausstehenden Teilschuldverschreibungen anwesend oder vertreten sind, wobei jeder Anleihegläubiger, der berechtigt ist, mehr als eine Teilschuldverschreibung zu vertreten, nicht verpflichtet ist, seine Stimmen für sämtliche von ihm vertretenen Teilschuldverschreibungen in gleicher Weise abzugeben. Ist eine Versammlung der Anleihegläubiger nicht beschlussfähig, kann die Versammlung vertagt werden. Eine wegen Beschlussunfähigkeit vertagte und erneut zusammengetretene Versammlung ist bereits beschlussfähig, wenn stimmberechtigte Inhaber von mindestens 25% des Gesamtnennbetrages der ausstehenden Teilschuldverschreibung anwesend oder vertreten sind. Dies gilt für die Beschlussfassung zu allen aus in der Einladung zu der ursprünglichen Versammlung angekündigten Beschlussgegenständen. In jeder ordnungsgemäß einberufenen oder vertagten Versammlung, bei der die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Zahl der Inhaber von Teilschuldverschreibungen gemäß den vorstehenden Bestimmungen anwesend oder vertreten ist, gelten die vorstehend genannten Beschlüsse über Abänderungen oder Ergänzungen als wirksam gefasst, wenn Inhaber von Teilschuldverschreibungen für den Beschluss gestimmt haben, die über mindestens 75% des Gesamtnennbetrages der Teilschuldverschreibungen, die in der Versammlung vertreten sind und an der Abstimmung teilnehmen, verfügen.</p>
--	---

<p>verschreibungen, die in der Versammlung vertreten sind und an der Abstimmung teilnehmen, verfügen.</p>	
<p>(d) Das Fiscal Agency Agreement enthält weitere Bestimmungen im Hinblick auf die Einberufung und Abhaltung einer Versammlung der Anleihegläubiger, insbesondere in Bezug auf die Bekanntmachung der Einladung (Section 12(c)), den Nachweis der Berechtigung der Anleihegläubiger und die Voraussetzungen und die Art und Weise der Stimmabgabe bei den Versammlungen (Section 12(e)), die Leitung der Versammlung (Section 12(f)), die Protokollführung (Section 12(g)) und das Recht des Fiscal Agent, weitere Verfahrensregeln aufzustellen, die er in Zusammenhang mit der Abhaltung einer Versammlung der Anleihegläubiger für sinnvoll hält (Section 12(i)). Die Bestimmungen des Fiscal Agency Agreements im Hinblick auf die Einberufung und Abhaltung einer Versammlung der Anleihegläubiger werden hiermit in Bezug genommen und bilden einen Bestandteil der Anleihebedingungen.</p>	<p>(d) Das Fiscal Agency Agreement enthält weitere Bestimmungen im Hinblick auf die Einberufung und Abhaltung einer Versammlung der Anleihegläubiger, insbesondere in Bezug auf die Bekanntmachung der Einladung (Section 12(c)), den Nachweis der Berechtigung der Anleihegläubiger und die Voraussetzungen und die Art und Weise der Stimmabgabe bei den Versammlungen (Section 12(e)), die Leitung der Versammlung (Section 12(f)), die Protokollführung (Section 12(g)) und das Recht des Fiscal Agent, weitere Verfahrensregeln aufzustellen, die er in Zusammenhang mit der Abhaltung einer Versammlung der Anleihegläubiger für sinnvoll hält (Section 12(i)). Die Bestimmungen des Fiscal Agency Agreements im Hinblick auf die Einberufung und Abhaltung einer Versammlung der Anleihegläubiger werden hiermit in Bezug genommen und bilden einen Bestandteil der Anleihebedingungen (und sind der Globalurkunde beigelegt).</p>
<p>(e) Eine Versammlung der Anleihegläubiger zur Beschlussfassung darf nur dann einberufen werden, wenn sich nach der Ausgabe der Teilschuldverschreibungen die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften oder ihre Auslegung bezüglich der Versammlungen von Anleihegläubigern dahingehend geändert haben, daß von einer solchen Versammlung der Anleihegläubiger Beschlüsse mit bindender Wirkung für alle Anleihegläubiger gefaßt werden können. Die Einberufung einer Versammlung der Anleihegläubiger ist davon abhängig, daß Argentinien und dem Fiscal Agent zuvor das schriftliche Rechtsgutachten eines Rechtsanwalts von anerkanntem Rang in der</p>	<p>(e) <i>(aufgehoben)</i>.</p>

<p>Bundesrepublik Deutschland vorliegt, durch das (nach Überzeugung Argentinien und des Fiscal Agents) bestätigt wird, dass nach deutschem Recht unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Tagesordnung eine Versammlung der Anleihegläubiger rechtswirksam einberufen werden kann und daß alle von dieser Versammlung gefassten Beschlüsse rechtswirksam und sowohl für Argentinien als auch für die Anleihegläubiger im Sinne der Absätze (a) bis (c) unverbindlich sind. Falls sich aus dem Gutachten des Rechts ergibt, daß eine Versammlung der Anleihegläubiger nicht einberufen oder nicht gemäß den in Absätzen (a) bis (c) enthaltenen Bestimmungen abgehalten werden kann, hat das Gutachten auszuführen, in welchem Umfang eine Abweichung erforderlich ist, um die rechtswirksame Einberufung und Abhaltung einer Versammlung, der Anleihegläubiger zu ermöglichen, die zur Fassung rechtsgültiger und sowohl für Argentinien als auch für die Anleihegläubiger rechtsverbindlicher Beschlüsse befugt ist, sowie die Bestätigung, dass durch derartige Abweichungen der Schutz, der Argentinien, dem Fiscal Agent und den Anleihegläubigern durch die genannten Bestimmungen gewährt wird, nicht beeinträchtigt wird. Für diesen Fall sieht das Fiscal Agency Agreement vor, dass die Einberufung und Abhaltung der Versammlung der Anleihegläubiger im Einklang mit den in dem Rechtsgutachten dargelegten Abweichungen erfolgt.</p>	
--	--

TOP III Beschlussfassung über Änderungen des *Fiscal Agency Agreement*, das gemäß Klausel 11(d) der Anleihebedingungen als Teil der Anleihebedingungen gilt, sowie des *Collateral Pledge Agreement* (Sicherheitenvertrag):

- 1) Die Republik schlägt vor, zu beschließen, das *Fiscal Agency Agreement* in *Section 12 (MEETING OF BONDHOLDERS)* wie folgt zu ändern:
 - a) Section 12(a) wird wie folgt neu gefasst:

„(a) Sections 12(b) through 12(h) shall be read together with, and shall supplement, the provisions in Section 11 of the Conditions.”

- b) In Section 12(b) werden der erste und zweite Satz wie folgt neu gefasst:

„Upon not less than 15 days’ prior notice to the Fiscal Agent, Argentina may at any time call a meeting of the DMK Bondholders of a Series of DMK Bonds pursuant to the notice provisions of this Section 12, such meeting to be held at such time and at such place as Argentina shall determine, for any purpose referred to in the DMK Global Bearer Bonds for such Series. Upon a request in writing to the Fiscal Agent made by holders of not less than 5% of the aggregate outstanding principal amount of the DMK Bonds of a Series, the Fiscal Agent shall convene a meeting of DMK Bondholders of such Series of DMK Bonds.”

- c) In Section 12(c) werden im dritten Satz die Wörter „for a period of not less than 10 days as determined by the chairman of the meeting appointed pursuant to Section 12(f) or as specified in the initial notice of meeting referred to in Section 12(a)” gestrichen und im vierten Satz das Wort „five” durch „14” ersetzt.

- d) In Section 12(f) werden im ersten Satz die Wörter „for such meeting“ gestrichen und im zweiten Satz die Zahl „25“ durch „50“ ersetzt.

- e) Am Ende von Section 12(g) wird folgender Satz hinzugefügt:

„For the avoidance of doubt, the procedural rules in this Section 12 shall apply in addition to any procedural requirements under applicable mandatory laws.”

- f) Section 12(i) wird gestrichen und durch die Wörter „[*intentionally left blank*]“ ersetzt.

- g) Die Anleihegläubiger stimmen hiermit zu, dass die Parteien des Fiscal Agency Agreement einen entsprechenden Änderungsvertrag zum Fiscal Agency Agreement abschließen.

Nachfolgend werden die vorgeschlagenen Änderungen in den Absätzen (a), (b), (c), (f), (g) und (i) von *Section 12* des *Fiscal Agency Agreement* dargestellt, indem in der linken Spalte der aktuelle Wortlaut und in der rechten Spalte der neue Wortlaut dargestellt wird.

Aktueller Wortlaut	Neuer Wortlaut
(a) A meeting of DMK Bondholders of any Series of DMK Bonds concerning any matter relating to or arising out of the Principal Collateral or Interest Collateral	(a) Sections 12(b) through 12(h) shall be read together with, and shall supplement, the provisions in Section 11 of the Conditions.

<p>(each as defined in the Collateral Pledge Agreement) may only be convened if after the date hereof a change in the law of the Federal Republic of Germany, or in the interpretation thereof, has occurred permitting bondholders' meetings, and the convening of any such meeting by Argentina or the DMK Bondholders is subject to prior receipt by Argentina and the Fiscal Agent of a legal opinion in writing by legal counsel of recognized standing in the Federal Republic of Germany which opinion shall confirm (to the satisfaction of Argentina and the Fiscal Agent) that with regard to the proposed agenda for the meeting of DMK Bondholders, such meeting may be convened in a legally valid manner and any resolutions passed by such meeting will be valid and binding on Argentina and the DMK Bondholders in accordance with and as contemplated by Paragraph 11 of the DMK Global Bearer Bonds representing the DMK Bonds and this Section 12. In the event that Argentina and the Fiscal Agent receive such opinion, the provisions of Sections 12(b) through 12(h) shall apply in full.</p>	
<p>(b) Subject to the provisions of Section 12(a) upon not less than 15 days' prior notice to the Fiscal Agent, Argentina may at any time call a meeting of the DMK Bondholders of a Series of DMK Bonds pursuant to the notice provisions of this Section 12, such meeting to be held at such time and at such place as Argentina shall determine, for any purpose referred to in the DMK Global Bearer Bonds for such Series. Upon a request in writing to the Fiscal Agent made by holders of not less than 10% of the aggregate outstanding principal amount of the DMK Bonds of a Series, the Fiscal Agent shall convene a meeting of DMK Bondholders of such Series of DMK Bonds. Any such meeting shall be held at such time and at such place as the Fiscal Agent shall determine. Notice of any meeting of DMK Bondholders of a Series</p>	<p>(b) Upon not less than 15 days' prior notice to the Fiscal Agent, Argentina may at any time call a meeting of the DMK Bondholders of a Series of DMK Bonds pursuant to the notice provisions of this Section 12, such meeting to be held at such time and at such place as Argentina shall determine, for any purpose referred to in the DMK Global Bearer Bonds for such Series. Upon a request in writing to the Fiscal Agent made by holders of not less than 5% of the aggregate outstanding principal amount of the DMK Bonds of a Series, the Fiscal Agent shall convene a meeting of DMK Bondholders of such Series of DMK Bonds. Any such meeting shall be held at such time and at such place as the Fiscal Agent shall determine. Notice of any meeting of DMK Bondholders of a Series of DMK Bonds, setting forth the</p>

<p>of DMK Bonds, setting forth the time and place of such meeting and in general terms the action proposed to be taken at such meeting, shall be given by the Fiscal Agent on behalf of the DMK Bondholders of such Series of DMK Bonds, to the DMK Bondholders of such Series of DMK Bonds at least once by publication in accordance with the notice provisions contained in the DMK Global Bearer Bonds for such Series, such notice to be given not less than 30 nor more than 45 days before the date fixed for the meeting. Such notice of the call of a meeting of DMK Bondholders of a Series of DMK Bonds shall be published. To be entitled to vote at any meeting of DMK Bondholders of such Series of DMK Bonds, or to take any other action as a DMK Bondholder of such Series of DMK Bonds, a person must be (i) a holder of one or more DMK Bonds of such Series, to whom a Voting Certificate has been issued or (ii) a person appointed in a Block Voting Instruction or otherwise as proxy by the holder of a one or more DMK Bonds of such Series. The only persons who shall be entitled to be present or to speak at any meeting of DMK Bondholders of such Series shall be the persons entitled to vote at such meeting and their counsel and any representatives of the Fiscal Agent, the Principal Paying Agent and the Collateral Agent and their respective counsel and, in the case of any meeting called by Argentina (or to which Argentina is otherwise invited), representatives of Argentina and its counsel.</p>	<p>time and place of such meeting and in general terms the action proposed to be taken at such meeting, shall be given by the Fiscal Agent on behalf of the DMK Bondholders of such Series of DMK Bonds, to the DMK Bondholders of such Series of DMK Bonds at least once by publication in accordance with the notice provisions contained in the DMK Global Bearer Bonds for such Series, such notice to be given not less than 30 nor more than 45 days before the date fixed for the meeting. Such notice of the call of a meeting of DMK Bondholders of a Series of DMK Bonds shall be published. To be entitled to vote at any meeting of DMK Bondholders of such Series of DMK Bonds, or to take any other action as a DMK Bondholder of such Series of DMK Bonds, a person must be (i) a holder of one or more DMK Bonds of such Series, to whom a Voting Certificate has been issued or (ii) a person appointed in a Block Voting Instruction or otherwise as proxy by the holder of a one or more DMK Bonds of such Series. The only persons who shall be entitled to be present or to speak at any meeting of DMK Bondholders of such Series shall be the persons entitled to vote at such meeting and their counsel and any representatives of the Fiscal Agent, the Principal Paying Agent and the Collateral Agent and their respective counsel and, in the case of any meeting called by Argentina (or to which Argentina is otherwise invited), representatives of Argentina and its counsel.</p>
<p>(c) The quorum requirements at any meeting of the DMK Bondholders of a Series of DMK Bonds are set forth in the DMK Bonds for such Series. No business shall be transacted in the absence of a quorum, unless a quorum is present when the meeting is called to order. In the absence of a quorum within 30 minutes of the time appointed for any such meeting, the meeting shall be adjourned</p>	<p>(c) The quorum requirements at any meeting of the DMK Bondholders of a Series of DMK Bonds are set forth in the DMK Bonds for such Series. No business shall be transacted in the absence of a quorum, unless a quorum is present when the meeting is called to order. In the absence of a quorum within 30 minutes of the time appointed for any such meeting, the meeting shall be</p>

<p>for a period of not less than 10 days as determined by the chairman of the meeting appointed pursuant to Section 12(f) or as specified in the initial notice of meeting referred to in Section 12(a). Notice of the reconvening of any meeting adjourned for lack of a quorum shall be given as provided above not less than five days before the date on which the meeting is scheduled to be reconvened. Notice of the reconvening of such an adjourned meeting shall state expressly the percentage of the aggregate principal amount of the outstanding DMK Bonds of such Series, which shall constitute a quorum.</p>	<p>adjourned. Notice of the reconvening of any meeting adjourned for lack of a quorum shall be given as provided above not less than 14 days before the date on which the meeting is scheduled to be reconvened. Notice of the reconvening of such an adjourned meeting shall state expressly the percentage of the aggregate principal amount of the outstanding DMK Bonds of such Series, which shall constitute a quorum.</p>
<p>(f) In the case of a meeting called by Argentina, Argentina shall appoint a chairman for such meeting and such chairman shall appoint a secretary for such meeting. In the case of a meeting called by the DMK Bondholders of a Series of DMK Bonds, the Fiscal Agent shall appoint a temporary chairman for such meeting. A permanent chairman of the meeting shall be elected by the vote of the of DMK Bondholders holding at least 25% of the aggregate outstanding principal amount of the DMK Bonds of such Series represented at the meeting. Such permanent chairman shall appoint a secretary for such meeting. At any meeting of DMK Bondholders, each holder of DMK Bonds or proxy shall be entitled to one vote for each DM 5,000 in nominal amount of DMK Bonds held or represented by it (it being understood that any DMK Bondholder entitled to more than one vote shall not be required to cast all of such votes in the same manner); <u>provided</u> that no vote shall be cast or counted at any meeting in respect of any DMK Bond challenged as not outstanding and ruled by the chairman of the meeting to be not outstanding. The chairman of the meeting shall have no right to vote except as a holder of a DMK Bond or proxy. Any meeting of DMK Bondholders duly called at which a</p>	<p>(f) In the case of a meeting called by Argentina, Argentina shall appoint a chairman for such meeting and such chairman shall appoint a secretary. In the case of a meeting called by the DMK Bondholders of a Series of DMK Bonds, the Fiscal Agent shall appoint a temporary chairman for such meeting. A permanent chairman of the meeting shall be elected by the vote of the of DMK Bondholders holding at least 50% of the aggregate outstanding principal amount of the DMK Bonds of such Series represented at the meeting. Such permanent chairman shall appoint a secretary for such meeting. At any meeting of DMK Bondholders, each holder of DMK Bonds or proxy shall be entitled to one vote for each DM 5,000 in nominal amount of DMK Bonds held or represented by it (it being understood that any DMK Bondholder entitled to more than one vote shall not be required to cast all of such votes in the same manner); <u>provided</u> that no vote shall be cast or counted at any meeting in respect of any DMK Bond challenged as not outstanding and ruled by the chairman of the meeting to be not outstanding. The chairman of the meeting shall have no right to vote except as a holder of a DMK Bond or proxy. Any meeting of DMK Bondholders duly called at which</p>

<p>quorum is present may be adjourned from time to time to such time and place as shall be specified, and the meeting may be held as so adjourned without further notice.</p>	<p>a quorum is present may be adjourned from time to time to such time and place as shall be specified, and the meeting may be held as so adjourned without further notice.</p>
<p>(g) The vote upon any resolution submitted to any meeting of DMK Bondholders shall be by written ballot on which shall be subscribed the signatures of such DMK Bondholders or proxies and the aggregate principal amount of DMK Bonds held or represented by such DMK Bondholders. The chairman of the meeting shall appoint two inspectors of votes who shall count all votes cast at the meeting for or against any resolution and who shall make and file with the secretary of the meeting their verified written reports in duplicate of all votes cast at the meeting. A record in duplicate of the proceedings of each meeting of DMK Bondholders shall be prepared by the secretary of the meeting and there shall be attached to said record the original reports of the inspectors of votes on any vote by ballot taken thereat and affidavits by one or more persons having knowledge of the facts setting forth a copy of the notice of the meeting and showing that said notice was published as provided above. The record shall be signed and verified by the chairman and secretary of the meeting and one of the duplicates shall be delivered to Argentina and the other to the Fiscal Agent to be preserved by the Fiscal Agent, the latter to have attached thereto the ballots voted a the meeting. Any record so signed and verified shall be conclusive evidence of the matters therein stated.</p>	<p>(g) The vote upon any resolution submitted to any meeting of DMK Bondholders shall be by written ballot on which shall be subscribed the signatures of such DMK Bondholders or proxies and the aggregate principal amount of DMK Bonds held or represented by such DMK Bondholders. The chairman of the meeting shall appoint two inspectors of votes who shall count all votes cast at the meeting for or against any resolution and who shall make and file with the secretary of the meeting their verified written reports in duplicate of all votes cast at the meeting. A record in duplicate of the proceedings of each meeting of DMK Bondholders shall be prepared by the secretary of the meeting and there shall be attached to said record the original reports of the inspectors of votes on any vote by ballot taken thereat and affidavits by one or more persons having knowledge of the facts setting forth a copy of the notice of the meeting and showing that said notice was published as provided above. The record shall be signed and verified by the chairman and secretary of the meeting and one of the duplicates shall be delivered to Argentina and the other to the Fiscal Agent to be preserved by the Fiscal Agent, the latter to have attached thereto the ballots voted a the meeting. Any record so signed and verified shall be conclusive evidence of the matters therein stated. For the avoidance of doubt, the procedural rules in this Section 12 shall apply in addition to any procedural requirements under applicable mandatory laws.</p>
<p>(i) In the event that, pursuant to the opinion of legal counsel delivered</p>	<p>(i) <i>[intentionally left blank]</i></p>

<p>pursuant to Section 12(a), a meeting of DMK Bondholders concerning any matter relating to or arising out of the Principal Collateral or Interest Collateral may not be convened or held in accordance with the provisions set forth in Paragraph 11 of the Conditions of the DMK Bonds and Section 12(b) through 12(h), the opinion shall state to what extent it will be required to deviate from such provisions so as to validly convene and hold a meeting of DMK Bondholders authorized to pass resolutions valid and binding on Argentina and the DMK Bondholders and shall confirm that any such deviations will not affect the protection afforded by such provisions to Argentina, the Fiscal Agent, the Principal Paying Agent and the DMK Bondholders and the provisions of the DMK Bonds and of Section 12 shall be deemed modified accordingly.</p>	
---	--

2) Die Republik schlägt vor, zu beschließen, den Sicherheitenvertrag wie folgt zu ändern:

a) In SECTION 1.01 werden die folgenden Definitionen hinzugefügt:

“Authorized Officer” means, (i) with respect to Wilmington Trust FSB, any of the officers of Wilmington Trust FSB listed in Exhibit B, as such list may be modified from time to time by written notice from Wilmington Trust FSB to the Collateral Agent signed by an Authorized Officer, and (ii) with respect to any other Custodian, any officer of such Custodian to be listed in a schedule to the agreement governing its role in any Reopening Exchange Offer, as such list may be modified from time to time by written notice from such Custodian to the Collateral Agent signed by an Authorized Officer.

“Cash Proceeds” has the meaning specified in Section 6.01(b).

“Custodian” means (i) with respect to the 2010 Brady Bond Exchange Offer, Wilmington Trust FSB, or any successor thereto or (ii) with respect to any Reopening Exchange Offer, any custodian appointed in connection therewith, or any successor thereto.

“KfW” means Kreditanstalt für Wiederaufbau, a corporation under German public law domiciled in Frankfurt am Main, Germany.

“Liquidable Securities” has the meaning specified in Section 6.01(b).

“Principal Amount Tendered” means, with respect to each Series of Principal Bonds, the outstanding principal amount of each such Series of Principal Bonds tendered and accepted by Argentina in the 2010 Brady Bond Exchange Offer or in any Reopening Exchange Offer, as applicable.

“Reopening Exchange Offer” means any offer by Argentina, or invitation by Argentina to submit offers, to exchange Principal Bonds on terms substantially the same as, or more favorable to Argentina than, the 2010 Brady Bond Exchange Offer.

“Request for Liquidation of Principal Collateral” means a duly completed written request from the Custodian to the Collateral Agent, countersigned by Argentina, requesting that the Collateral Agent liquidate certain Principal Collateral and promptly thereafter transfer the Cash Proceeds thereof to the Custodian, such request to be substantially in the form of Schedule F-3.

“2010 Brady Bond Exchange Offer” means the invitation by Argentina to submit offers to exchange certain bonds, including the Principal Bonds, to the holders of such bonds for new securities and a cash payment, as set forth in its prospectus supplement dated December 3, 2010 and prospectus dated April 13, 2010 filed with the U.S. Securities and Exchange Commission and its prospectus dated December 3, 2010 filed with the *Commission de Surveillance du Secteur Financier*.”

b) SECTION 6.01 wird wie folgt neu gefasst:

“SECTION 6.01. Release of Principal Collateral Before Bond Maturity Date. (a) If (i) other than in connection with the 2010 Brady Bond Exchange Offer or any Reopening Exchange Offer, Argentina redeems all or any part of a Principal Bond of any Series or purchases or exchanges or causes to be purchased or exchanged any such Principal Bond and surrenders such Principal Bond to the Principal Paying Agent (as defined in the Fiscal Agency Agreement) for cancellation in accordance with Section 5(f) of the Fiscal Agency Agreement or Paragraph 4 of the Principal Bonds before the Bond Maturity Date, the Fiscal Agent shall, upon the request of Argentina, signed by an Authorized Official, promptly countersign and send to the Collateral Agent a Request for Release of Principal Collateral stating the Paid Principal Amount of such redemption, purchase, exchange, reduction or cancellation. If at any time before the Bond Maturity Date for a Series of Principal Bonds the Collateral Agent receives such a Request for Release of Principal Collateral in respect of such Series, the Collateral Agent shall, subject to the provisions of the Pledged Securities for such Series of Principal Bonds, as soon as practicable, deliver or transfer or cause to be delivered or transferred, in accordance with the instructions given by Argentina in such Notice, Pledged Securities for such Series of Principal Bonds having a principal amount payable at maturity as nearly as may be practicable equal to but not

exceeding the Paid Principal Amount set forth in such Notice (the “Released Securities”). Upon such transfer or delivery, the Lien of this Agreement in favor of the Holders in respect of such Released Securities shall terminate, such Released Securities shall be free of the Lien of this Agreement and all rights with respect to such Released Securities shall revert to Argentina.

(b) Notwithstanding anything to the contrary in this Agreement, the following provisions shall apply if and when Argentina accepts any Principal Bonds of any Series tendered in the 2010 Brady Bond Exchange Offer or any Reopening Exchange Offer:

(i) The Custodian shall have the right to request the Collateral Agent to (A) liquidate Pledged Securities for such Series of Principal Bonds having a principal amount payable at maturity as nearly as may be practicable equal to but not exceeding the Principal Amount Tendered (the “Liquidable Securities”) through a repurchase of the Liquidable Securities by KfW or as Argentina and KfW may otherwise agree, and (B) upon such liquidation, promptly transfer to the Custodian, to hold in trust on behalf of the tendering Holders, the cash proceeds from such liquidation (the “Cash Proceeds”), in each case by sending to the Collateral Agent and Argentina a Request for Liquidation of Principal Collateral signed by an Authorized Officer and stating the Principal Amount Tendered in such exchange offer;

(ii) Promptly upon receipt of the Request for Liquidation of Principal Collateral referred to above, (A) Argentina shall countersign and forward to the Collateral Agent the Request for Liquidation of Principal Collateral as received from the Custodian and (B) the Collateral Agent shall request KfW to repurchase the Liquidable Securities set forth in such Request for Liquidation of Principal Collateral;

(iii) Promptly after liquidation of the Liquidable Securities and receipt of the Cash Proceeds from KfW, the Collateral Agent shall transfer the Cash Proceeds to the Custodian, who shall hold the Cash Proceeds in trust on behalf of the tendering Holders;

(iv) Upon transfer by the Collateral Agent to the Custodian of the Cash Proceeds, (A) the Cash Proceeds shall be treated as having been applied (together with other consideration provided for in the 2010 Brady Bond Exchange Offer or any Reopening Exchange Offer) to the full satisfaction of the Principal Bonds tendered by the tendering Holders and any related claims and shall become the property of the tendering Holders free of the Lien of this Agreement, and (B) tendering Holders shall have no interest in the portion of the Principal Collateral that secures Principal Bonds of Holders that do not elect to participate in the 2010 Brady Bond Exchange Offer or in any Reopening Exchange Offer; and

(v) The Custodian shall, only upon receipt of written confirmation from Argentina that all Tendered Principal Bonds have been cancelled, transfer the Cash Proceeds to the tendering Holders.

For the avoidance of doubt, the Collateral Agent may not transfer or otherwise affect the portion of the Principal Collateral that secures Principal Bonds of Holders that do not elect to participate in the 2010 Brady Bond Exchange Offer or in any Reopening Exchange Offer.”

c) In SECTION 8.02(d) wird der dritte Satz wie folgt neu gefasst:

“Without limiting the foregoing, in determining the amount of any Principal Collateral or Interest Collateral to be released or transferred as provided herein, the Collateral Agent shall be entitled to rely on the information set forth in any Delivery Certificate, any Request for Release of Interest Collateral, any Request for Substitution of Interest Collateral, any Request for Substitution of Principal Collateral, any Request for Release of Principal Collateral, any Request for Liquidation of Principal Collateral, the Notice of Increased Series and Decreased Series and the Notice of Transfer, Delivery and Release of Collateral.”

Nachfolgend werden die vorgeschlagenen Änderungen in SECTION 8.02(d) des Sicherheitenvertrages dargestellt, indem in der linken Spalte der aktuelle Wortlaut und in der rechten Spalte der neue Wortlaut dargestellt wird.

Aktueller Wortlaut	Neuer Wortlaut
<p>Without limiting the foregoing, in determining the amount of any Principal Collateral or Interest Collateral to be released as provided herein, the Collateral Agent shall be entitled to rely on the information set forth in any Delivery Certificate, any Request for Release of Interest Collateral, any Request for Substitution of Interest Collateral, any Request for Substitution of Principal Collateral, any Request for Release of Principal Collateral, the Notice of Increased Series and Decreased Series and the Notice of Transfer, Delivery and Release of Collateral.</p>	<p>Without limiting the foregoing, in determining the amount of any Principal Collateral or Interest Collateral to be released or transferred as provided herein, the Collateral Agent shall be entitled to rely on the information set forth in any Delivery Certificate, any Request for Release of Interest Collateral, any Request for Substitution of Interest Collateral, any Request for Substitution of Principal Collateral, any Request for Release of Principal Collateral, any Request for Liquidation of Principal Collateral, the Notice of Increased Series and Decreased Series and the Notice of Transfer, Delivery and Release of Collateral.</p>

- d) Dem Sicherheitenvertrag wird ein Anhang mit der Bezeichnung "Schedule F-3" hinzugefügt, dessen Inhalt im Einvernehmen zwischen den Parteien des Sicherheitenvertrags festgelegt wird.
- e) Dem Sicherheitenvertrag wird ein Anhang mit der Bezeichnung „Exhibit B“ hinzugefügt, der die *Authorized Officers* des Wilmington Trust FSB aufführt.
- f) Die Anleihegläubiger stimmen hiermit zu, dass die Parteien des Sicherungsvertrags einen entsprechenden Änderungsvertrag zum Sicherungsvertrag abzuschließen. Der Änderungsvertrag wird nicht in Kraft treten, bevor die Republik der Federal Reserve Bank of New York als Sicherheitentreuhänderin (*Sicherheitenstelle*) mitgeteilt hat, dass der Beschluss des *United States District Court for the Southern District of New York* vom 29. Oktober 2010 vom *United States Court of Appeals for the Second Circuit* bestätigt worden ist und dass damit der vorgenannte Beschluss vollzogen werden kann.

Die unter TOP III vorgeschlagenen Beschlüsse werden nur wirksam, wenn der unter TOP I vorgeschlagene Beschluss mit einer Mehrheit von mindestens 75% der ausstehenden Schuldverschreibungen, die in der Gläubigerversammlung vertreten sind, wirksam gefasst worden ist.

Entwürfe des vorgeschlagenen Änderungsvertrags zum Fiscal Agency Agreement sowie des Änderungsvertrags zum Sicherheitenvertrag sind online unter <http://www.bondcom.com/argentina> verfügbar und werden in der Gläubigerversammlung in gedruckter Form verfügbar sein.

C. Teilnahmeberechtigung und Stimmrecht

Jeder Anleihegläubiger, der nicht an dem Umtauschangebot teilnimmt, kann bei Nachweis seiner Inhaberschaft an der Gläubigerversammlung teilnehmen.

Jeder Anleihegläubiger muss zum Nachweis seiner Inhaberschaft ein *Voting Certificate* vorlegen, welches entweder von Citibank, N.A. als Fiscal Agent oder von Citigroup Global Markets Deutschland AG (vormals Citibank Aktiengesellschaft) als Hauptzahlstelle ausgestellt wird. Für Ausstellung des *Voting Certificate* hat jeder Anleihegläubiger eine Bescheinigung seiner depotführenden Bank in deutscher oder englischer Sprache vorzulegen, wonach die von ihm gehaltenen Teilschuldverschreibungen bis zum Ende der Gläubigerversammlung gesperrt gehalten werden („**Sperrbescheinigung**“). Die Sperrbescheinigung muss spätestens bis zum 5. Januar 2011 entweder der Hauptzahlstelle unter der Adresse

Citigroup Global Markets Deutschland AG
 z. Hd. Citi Germany Agency and Trust Department
 Reuterweg 16
 60323 Frankfurt am Main
 Deutschland

oder dem Fiscal Agent unter der Adresse

Citibank, N.A. Attn: Transfer Unit/Rep of Argentina Exchange 111 Wall Street 15th Fl New York, NY 10005 USA

in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift zugegangen sein.

Es wird darauf hingewiesen, dass Anleihegläubiger, die kein *Voting Certificate* vorlegen, nicht teilnahme- und stimmberechtigt sind.

Sofern Anleihegläubiger keine natürlichen Personen sind, sondern als juristische Person oder Personengesellschaft nach deutschem Recht (z.B. Aktiengesellschaft, GmbH, Kommanditgesellschaft, Offene Handelsgesellschaft, Unternehmergesellschaft, GbR) oder nach ausländischem Recht (z.B. Limited nach englischem Recht) existieren, müssen deren Repräsentanten in der Gläubigerversammlung ihre Vertretungsbefugnis wie folgt nachweisen: (i) soweit möglich, durch Vorlage eines aktuellen Auszugs (nicht älter als 14 Tage) von einer registerführenden Stelle (z.B. Handelsregister, Vereinsregister) oder durch eine andere gleichwertige offizielle Bestätigung (z.B. *Certificate of Incumbency*), worin der Repräsentant als vertretungsbefugt ausgewiesen ist; oder (ii) durch Vorlage einer Vollmacht in Textform (§ 126b Bürgerliches Gesetzbuch, BGB); in diesem Fall ist die Vertretungsbefugnis des Ausstellers der Vollmacht wie unter (i) beschrieben durch Vorlage von Registerauszügen oder anderen gleichwertigen offiziellen Bestätigungen nachzuweisen.

Es wird darauf hingewiesen, dass jeder Anleihegläubiger, der berechtigt ist, mehr als eine Teilschuldverschreibung zu vertreten, nicht verpflichtet ist, seine Stimmen für sämtliche von ihm vertretenen Teilschuldverschreibungen in gleicher Weise abzugeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass jeder Anleihegläubiger, der an dem Umtauschangebot teilnimmt, mit der Einreichung seiner Teilschuldverschreibungen entsprechend dem Umtauschangebot Bondholder Communications Group, LLC als Stimmrechtsbevollmächtigten bestellt, damit diese allen oben im Abschnitt B beschriebenen Beschlussvorschlägen zustimmt. Für die am Umtauschangebot teilnehmenden Anleihegläubiger besteht damit kein weiterer Handlungsbedarf.

D. Vollmachten

Das Stimmrecht kann auch durch einen Bevollmächtigten ausgeübt werden. Für die Vollmacht ist Textform im Sinne von § 126b BGB erforderlich und genügend.

Die Republik weist die Anleihegläubiger darauf hin, dass die kostenfreie Möglichkeit besteht, Bondholder Communications Group, LLC, geschäftsansässig in 28 Throgmorton, London EC2N 2AN, Großbritannien, als Stimmrechtsbevollmächtigten zu bestellen und dieser hinsichtlich der oben im Abschnitt B beschriebenen Beschlussvorschläge Weisungen für die Abstimmung zu erteilen. Zur

Wahrnehmung dieser Möglichkeit übersenden Anleihegläubiger (i) die Sperrbescheinigung (in Urschrift oder beglaubigter Kopie) und (ii) das in der **Anlage 1** zu dieser Einladung befindliche Formular zur Erteilung einer Vollmacht ausgefüllt und unterschrieben bis spätestens zum 5. Januar 2011 an die nachstehend aufgeführte Adresse:

Bondholder Communications Group, LLC 28 Throgmorton London EC2N 2AN Großbritannien

Das Formular kann auch auf der Internetseite <http://www.bondcom.com/argentina> heruntergeladen werden. **Für die am Umtauschangebot teilnehmenden Anleihegläubiger besteht wie oben im Abschnitt C beschrieben kein Handlungsbedarf.**

E. Beschlussfähigkeit

Die Gläubigerversammlung ist beschlussfähig, wenn stimmberechtigte Inhaber von mehr als der Hälfte des Gesamtnennbetrages der ausstehenden Teilschuldverschreibungen anwesend oder vertreten sind.

Sofern der Vorsitzende in der Gläubigerversammlung die mangelnde Beschlussfähigkeit feststellen sollte, weist die Republik darauf hin, dass sie beabsichtigt, gemäß § 24 Absatz 2 in Verbindung mit § 15 Absatz 3 des Schuldverschreibungsgesetzes eine zweite Gläubigerversammlung zum Zweck der erneuten Beschlussfassung einzuberufen. Die zweite Gläubigerversammlung ist für die oben im Abschnitt B vorgeschlagenen Beschlüsse beschlussfähig, wenn stimmberechtigte Inhaber von mindestens 25% des Gesamtnennbetrages der ausstehenden Teilschuldverschreibungen anwesend oder vertreten sind.

F. Ergänzung der Tagesordnung / Gegenanträge

Jeder Anleihegläubiger kann zu Gegenständen auf der Tagesordnung eigene Beschlussvorschläge einbringen. Kündigt ein Anleihegläubiger einen Gegenantrag vor dem Tag der Gläubigerversammlung an, wird die Republik diesen Gegenantrag auf der Internetseite <http://www.bondcom.com/argentina> den anderen Anleihegläubigern zugänglich machen.

Anleihegläubiger, deren Teilschuldverschreibungen zusammen mindestens 5% der ausstehenden Teilschuldverschreibungen erreichen, können verlangen, dass neue Gegenstände zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dieses Verlangen muss der Republik unter der Adresse: Bondholder Communications Group, LLC, 28 Throgmorton, London EC2N 2AN, Großbritannien bis zum 4. Januar 2011 unter Nachweis der Gläubigereigenschaft zugehen. Die Republik wird die erweiterte Tagesordnung nicht später als drei Tage vor der Gläubigerversammlung im elektronischen Bundesanzeiger bekannt machen und auf der Internetseite <http://www.bondcom.com/argentina> zum Abruf zur Verfügung stellen.

Diese Einladung ist auch auf der Internetseite <http://www.bondcom.com/argentina> abrufbar.

Buenos Aires im Dezember 2010

Republik Argentinien

ANLAGE 1

Bondholder Communications Group, LLC
28 Throgmorton
London EC2N 2AN
Großbritannien / United Kingdom

Gläubigerversammlung

DM 284.480.000 besicherte fest verzinsliche Anleihe 1993/2023 DM Par Serie (ISIN: DE0004103007, WKN 410 300) (die „Teilschuldverschreibungen) am 10. Januar 2011 in Frankfurt am Main (die „Gläubigerversammlung“)

Vollmacht und Weisung zur Ausübung des Stimmrechts

Sehr geehrte Damen und Herren,
ausweislich der beigegeführten Bankbescheinigung bin ich (sind wir) Inhaber von Teilschuldverschreibungen in Höhe eines Nominalbetrags von:

DEM _____

Hiermit bevollmächtige(n) ich (wir) Bondholder Communications Group, LLC (die „**Vertreterin**“) meine (unsere) Rechte als Anleihegläubiger in der Gläubigerversammlung wahrzunehmen.

Soweit nicht anders nachfolgend im Weisungsbogen vermerkt, erteile(n) ich (wir) der Vertreterin Weisung, für die Annahme der Beschlussvorschläge TOP I bis TOP III der Tagesordnung vom 7. Dezember 2010 (sowie ggf. zwischenzeitlich erfolgter Ergänzungen) zu stimmen:

Mit freundlichen Grüßen

Name:
Titel/Title:
Ort/Place:
Datum/Date:

Bondholders' Meeting

DM 284,480,000 Collateralized Fixed Rate Bonds 1993/2023, DM Par Series (ISIN: DE0004103007, WKN 410 300) (the “Bonds”) on January 10, 2011 (the “Bondholders' Meeting”)

Power of Attorney and Voting Instructions

Dear Sir or Madam:

As indicated in the attached bank confirmation, I (we) hold Bonds in a nominal amount of:

I/we hereby grant power of attorney to Bondholder Communications Group, LLC (the “**Proxy**”) to act as proxy on my (our) behalf to exercise my (our) rights as bondholder(s) at the Bondholders' Meeting.

Unless indicated otherwise in the instructions sheet, I (we) instruct the Proxy to vote in favor of the proposals TOP I to TOP III of the agenda, dated as of December 7, 2010 (and any additions that may have been made in the meantime):

Yours sincerely

Weisungsbogen / Instructions Sheet

	Beschlussvorschlag/Proposal	JA/ YES	NEIN NO	ENTHALTUNG/ ABSTENTION
TOP I	<p>Beschlussfassung über die Anwendung des Schuldverschreibungsgesetzes</p> <p>Resolution on the Application of the German Bondholder Act</p>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
TOP II	<p>Beschlussfassung über weitere Änderungen der Anleihebedingungen</p> <p>Resolution on further Amendments to the Terms and Conditions</p>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
TOP III	<p>Beschlussfassung über Änderungen des <i>Fiscal Agency Agreement</i>, das gemäß Klausel 11(d) der Anleihebedingungen als Teil der Anleihebedingungen gilt, sowie des <i>Collateral Pledge Agreement</i> (Sicherheitenvertrag)</p> <p>Resolution on Amendments to the Fiscal Agency Agreement which constitute part of the terms and conditions pursuant to Section 11(d) of the Terms and Conditions and to the Collateral Pledge Agreement</p>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Name:

Titel/Title:

Ort/Place:

Datum/Date: